



Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement EJPD  
3003 Bern

Per Mail: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Bern, 19. August 2019

**Verordnungsänderungen zur Umsetzung der Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes: Verfahrensnormen und Informationssysteme; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zum obigen Geschäft Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung. Unsere Antwort basiert auch auf der Einschätzung der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD, eines Zusammenschlusses von städtischen Sicherheitsvorstehern und –experten.

**Allgemeine Einschätzung**

Wir erachten die vorgeschlagenen Änderungen als sinnvoll und unterstützen die Vorlage. Besonders zu begrüßen ist die Realisierung des Onlinezugangs zum nationalen Visumsystem ORBIS auch für die kommunalen Polizeibehörden (Art. 10 Verordnung über das zentrale Visa-Informationssystem).

**Konkrete Anliegen**

Wir schlagen eine Präzisierung zur Information über die Videoüberwachung in Asylzentren vor. Die Dauer der Datenspeicherung (Filmaufnahmen) sollte den Betroffenen mitgeteilt werden. (Siehe unten)



## Anträge

Wir beantragen:

- ▶ **eine Information der Bewohner von Asylzentren zur Aufbewahrungsdauer der Videoaufnahmen von Überwachungskameras in Asylverordnung 1, Art. 17, Abs. 7 aufzunehmen:**  
Der Absatz lautete somit neu: «... werden schriftlich in einer ihnen verständlichen Sprache über die Videoüberwachung und den Zweck der Bearbeitung der aufgezeichneten Daten sowie die Aufbewahrungsdauer informiert.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

### Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat  
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband